

Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt

für den Amtsbezirk

des

evangelisch-lutherischen Landeskirchenamts
in Kiel.

Stück 6.

Kiel, den 24. März

1927.

Inhalt: 41. Landesmissionsanstalt in Breklum (S. 57). — 42. Aufbringung der Pfarrbesoldung 1927 (S. 58). — 43. Aufwertung des Reichsanleihe-Neubesitzes (S. 61). — 44. Schule und evangelische Kirche in Preußen (S. 61). — 45. Übersicht über die Kollektenerträge 1927 (S. 62). — 46. Gesuche um Beihilfen für Posaunenchöre (S. 68). — 47. Studienbeihilfe an evangelische Theologiestudierende (S. 68). — 48. Abänderung der Prüfungsordnung (S. 69). — 49. Neuabdruck der Prüfungsordnung (S. 71). — Personalien.

Nr. 41. Landesmissionsanstalt in Breklum.

Kiel, den 24. März 1927.

Am Eingang in die Karwoche am Palmsonntag, dem 10. April, begeht unsere Landesmission in stiller Feier das Gedächtnis an die vor 50 Jahren erfolgte Einweihung der Missionsanstalt und ihre Eröffnung mit 12 Jünglingen. Aus Anlaß dieses Tages werden auch die Gemeinden unserer Landeskirche sich daran erinnern wollen, daß am Kreuz auf Golgatha das heiligste Missionswerk vollendet ward und daß in dem Opfertod Christi die Lebenskraft aller Mission beschlossen ist. Das Kreuz des Heilandes ist für den Gründer unserer Mission und für alle ihre Berufsarbeiter die Quelle ihrer Verantwortung und Freudigkeit zum Dienst am Evangelium unter den Heiden gewesen. Der König der Mission hat sich zu ihrem Glaubenswerk und Lebenszeugnis bis zu dieser Stunde bekannt und hat unserer Mission durch 50 Jahre reichen Segen geschenkt. So soll auch der 10. April d. Js. angesichts des Kreuzes des Herrn von unserer heiligen Verpflichtung gegenüber dem Werk der Mission zu uns reden und uns an unsere Treue gegen unsere heimische Missionsanstalt gemahnen.

Ausgegeben Kiel, den 1. April 1927.

Die Gottesdienste der stillen Woche werden uns Gelegenheit bieten, unserer Mission und unserer Missionare im Gebet zu gedenken, wie auch die Bitte unserer Missionsleitung um ein Dankopfer am Karfreitag unter dem Kreuz willige Herzen und offene Hände finden wird.

D. Mordhorst,
Bischof für Holstein.

Böckel,
Bischof für Schleswig.

Nr. 42. Aufbringung der Pfarrbesoldung 1927.

Kiel, den 22. März 1927.

Bei den Verhandlungen mit der Staatsregierung wegen Weiterverlängerung des staatsgesetzlichen Provisoriums für die subsidiäre Sicherung der wirtschaftlichen Versorgung des preußischen Pfarrerstandes über den 31. März 1927 hinaus ist eine die Fortführung der bisherigen Übergangsversorgung verbürgende Einigung erzielt worden.

Im Rahmen dieser Einigung hat sich hinsichtlich der Anspannung der eigenen Leistungsfähigkeit der Kirchengemeinden und der Landeskirche für die Erfüllung der prinzipialen kirchlichen Pfarrerversorgungspflicht im Rechnungsjahr 1927 folgende von der Kirchenregierung gebilligte Vereinbarung erreichen lassen:

- I. Die Landeskirche als solche hat aus der landeskirchlichen Umlage für 1927 einen Deckungsbetrag von 320 000 *R.M.* als Beitrag zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Geistlichen bereitzustellen (Kap. II Tit. 2 des Haushaltsplans der Landeskirchenkasse für 1927 und 1928).
- II. Diejenigen Kirchengemeinden und Kirchengemeinerverbände, welche zur Aufbringung ihres örtlichen Pfarrbesoldungsbedarfs Beihilfen aus den der Landeskirche überwiesenen Staatsmitteln in Anspruch nehmen wollen (zuschußbedürftige Kirchengemeinden), haben neben dem Pftertrag angemessener Höchstaussnutzung des örtlichen Pfarrstellervermögens (einschließlich der dorthin fließenden staatlichen Einzelleistungen zur Pfarrbesoldung aus Kap. 120 Tit. 70 — bisher Kap. 121 Tit. 1 — des Staatshaushaltsplans für 1927) einen kirchensteuerlichen Deckungsbetrag in Höhe von 3 v. H. des Reichseinkommensteuersolls für das Steuerjahr 1926 bereitzustellen.

Für das erste Vierteljahr des Rechnungsjahres 1927 werden, den monatlichen Abforderungen entsprechend, den zuschußbedürftigen Kirchengemeinden Pfarrbesoldungszuschüsse im Rahmen des für das Rechnungsjahr 1926 jeweils festgesetzten vorläufigen Gesamtbefoldungszuschusses gewährt werden. Vom 1. Juli 1927 ab, und bei neu auftretendem bzw. den Gesamtbefoldungszuschuß des Vorjahres übersteigendem Zuschußbedarf auch vor dem 1. Juli 1927, werden Befoldungszuschüsse nur nach Neu festsetzung des vorläufigen Gesamtbefoldungszuschusses für 1927 von uns gewährt werden. Zu diesem Zweck haben uns die Kirchengemeinden usw. spätestens bis zum 1. Juni d. J. S. Anträge auf Weitergewährung bzw. Neu festsetzung von Pfarrbesoldungszuschüssen einzureichen, denen beglaubigte

Abschriften der Steuer- bzw. Umlagebeschlüsse und der Kirchen- und Pfarrkassen-Voranschläge für das Rechnungsjahr 1927, je in einfacher Ausfertigung, mit der Aufschrift „Für Pfarrbesoldungszwecke“ und unter Bezugnahme auf diese Verfügung beizulegen sind. Für Pfründenstellen ist statt des Pfarrkassenvoranschlags eine Nachweisung der voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben des Pfründenvermögens im Rechnungsjahr 1927 mit Einzelangaben erforderlich.

Soweit das in den Steuer- und Umlagebeschlüssen zugrunde gelegte Reichseinkommensteuersoll auf Schätzung beruht, ist in allen Fällen eine Erklärung des zuständigen Finanzamts über die Schätzung mit einzureichen.

Aus den Voranschlägen der Kirchenkasse muß ersichtlich sein, daß und in welcher Höhe der geforderte steuerliche Beitrag zur Pfarrbesoldung von 3 v. H. des Reichseinkommensteuersolls von 1926 bereitgestellt ist.

Für die Frage, was als steuerlicher Beitrag anzusehen ist bzw. in welchem Umfang dieser auf sonstige Leistungen der Kirchenkasse zur Pfarrbesoldung angerechnet werden kann, verweisen wir auf unsere Rundverfügungen vom 28. August 1924 — B 2411, Absatz 1 — und vom 25. April 1925 — B 1211 —.

Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß der der Landeskirche zu überweisende Staatszuschuß auf einen festen Betrag begrenzt ist. Allein schon hieraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, daß neben sorgfältigster, höchstmöglicher Ausnutzung des sonstigen Pfarrstellenvermögens, insbesondere der Pachten, alle früheren Leistungen an Pfarrkassen und Pfründen — vergleiche unsere Rundverfügung vom 28. Juli 1924 — B 1888 —, sowie die oben genannte Rundverfügung vom 28. August 1924 — B 2411 —, möge es sich nun um feste (nicht nur zur Ausgleichung des Voranschlags gegebene) Zuschüsse der Kirchenkasse oder um Leistungen Drittverpflichteter handeln, wieder in Reichsmark in voller Höhe des Vorkriegsjahres bereitgestellt werden. Die Weiterleistung dieser, auf rechtlicher Grundlage beruhenden Verpflichtungen entspricht nicht nur dem heutigen Stande der Aufwertungsgesetzgebung, sondern wird, soweit es sich um die Leistungen der Kirchengemeinden handelt, auch in § 12 Absatz 1 Satz 2 der Grundsätze für die einstweilige Regelung der Dienstinkommen, Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge der Geistlichen vom 1. September 1923 — Kirchl. Ges. u. V.-Bl. 1923, S. 154 ff. — ausdrücklich gefordert. Die in dem gleichen Absatz des § 12 gegebene Vorschrift, wonach die Leistungsunfähigkeit einer Kirchengemeinde, welche die Voraussetzung für die Gewährung von landeskirchlichen bzw. staatlichen Besoldungszuschüssen bildet, insoweit nicht anerkannt werden darf, als sie auf eine von ihrer Vertretung zu verantwortende, der jeweiligen Wirtschaftslage nicht gerecht werdende Minderausnutzung des Kirchen- und Pfarrvermögens oder auf eine unbegründete Nichterhebung angemessener örtlicher Kirchensteuern und Gebühren zurückzuführen ist, können wir hier nur nachdrücklichst unterstreichen. Im einzelnen weisen wir darauf hin, daß die Erneuerung der Pachtverträge einer ständigen Kontrolle unterworfen sein muß und gegebenenfalls für Verhandlungen vor den Pachteinigungsämtern die Hilfe des Landeskirchenamts in Anspruch zu nehmen ist. Die Gebühren und sonstigen Akzidentien bleiben nach der über die Pfarrbesoldung des Jahres 1925 angestellten Erhebung hinter den Gebühren der Vorkriegszeit um rund 50 000 RM, d. i. um $\frac{2}{5}$, zurück. Hier ist, soweit nicht berechtigte Gründe für den Ausfall vorliegen, ein Ausgleich anzustreben.

Bei den Naturalleistungen beträgt der Ausfall mit rund 19 000 *R.M.* gegenüber dem Vorkriegsertrag ebenfalls fast $\frac{2}{5}$. Hier wird, von einigen Ablösungen abgesehen, der Grund vorwiegend in der Frage der Verpflichtung zur Weiterleistung liegen. Diese kann aber nach dem oben Gesagten (siehe auch die Kundverfügung vom 28. Juli 1924 — B 1888 am Ende) nicht zweifelhaft sein. Einer erhöhten Aufmerksamkeit wird für das Steuerjahr 1927 auch die Einstellung der Zinserträge aufgewerteter Pfarrkapitalien oder, soweit vor dem Kriege an die Pfarrkasse oder Pfründe Zuschußleistungen der Kirchengemeinde aus dem Zinsertrag der Kirchenkapitalien zu machen waren, auch dieser bedürfen.

Zusammenfassend ist zu betonen, daß durch die zwischen der Staats- und Kirchenregierung getroffene Vereinbarung über einen gewissen Maßstab für die Gesamteinschätzung der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Kirche für die Deckung der Pfarrversorgungsbedürfnisse unter keinen Umständen die rechtliche Verpflichtung der Einzelgemeinden und der Kirchengemeinerverbände abgeschwächt werden soll, für den Unterhalt ihrer Geistlichen, als eine der ältesten gesetzlichen Obliegenheiten des ortskirchlichen Organismus, nach dem Maße ihrer jeweiligen wirklichen Leistungsfähigkeit in erster Linie aufzukommen. Dementsprechend dürfen auch die Ausfälle an Kirchensteuern nicht etwa — wie das in der Erwägung, daß hinter der Pfarrbesoldung letzten Endes der Staat und die Landeskirche stehen, an sich denkbar wäre — zur Hauptsache oder gar ausschließlich bei den steuerlichen Zuschüssen zur Pfarrbesoldung verrechnet werden. Vielmehr darf das besondere Steueraufkommen zur Pfarrbesoldung (der 3 %ige Steuerbeitrag) an dem Gesamtausfall an Kirchensteuern äußerstenfalls nur in dem gleichen Verhältnis beteiligt werden, in welchem es zum gesamten Steueraufkommen der Kirchengemeinde oder des Kirchengemeinerverbandes steht.

Der steuerliche Beitrag zur Pfarrbesoldung von 3 % des Einkommensteuerfolls ist, darauf weisen wir schließlich noch hin, von dem wirklichen Reichseinkommensteuerfoll des staatlichen Steuerjahres 1926 zu erheben. Falls daher den Kirchengemeinden oder ihren Verbänden im Laufe des Rechnungsjahres als wirkliches oder endgültiges Reichseinkommensteuerfoll für 1926 ein höheres Einkommensteuerfoll bekannt wird, als wie es bei der Fassung der Kirchensteuer- oder Umlagebeschlüsse von ihnen — wenn auch auf Grund vom Finanzamt bestätigter Schätzung — zugrunde gelegt ist, liegt es im dringenden Interesse der Gemeinden usw., bei der Abforderung von staatlichen bzw. landeskirchlichen Besoldungszuschüssen fortan das höhere Einkommensteuerfoll bzw. die dadurch zu erwartende Mehreinnahme an örtlichen Mitteln in Rechnung zu stellen, da sonst die Gemeinden Gefahr laufen, bei der nach Abschluß des Rechnungsjahres stattfindenden Abrechnung der Pfarrbesoldungszuschüsse, bei der das tatsächliche Einkommensteuerfoll zugrunde gelegt wird, Rückzahlungen leisten zu müssen.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. 43. Aufwertung des Reichsanleihe-Neubestitzes.

Kiel, den 18. März 1927.

Auf Grund der 7. Verordnung des Reichsministers der Finanzen zur Ausführung des Anleiheablösungsgesetzes vom 14. Februar 1927 sind diejenigen Markanleihen des Reichs, die nach dem 30. Juni 1920 erworben sind (Neubestitz), in der Zeit vom 15. Februar bis 30. Juni 1927 zum Umtausch in Anleiheablösungsschuld anzumelden. Die Anträge sind rechtzeitig bei den gleichen Vermittlungsstellen einzureichen, bei denen die Anmeldung des Altbestitzes erfolgt ist.

Da auch Anleihe Neubestitz unter 500 *R.M.* für den Umtausch in Anleiheablösungsschuld nicht in Frage kommt, empfehlen wir den Kirchengemeinden und Kirchengemeindev Verbänden, soweit es noch nicht geschehen ist, die Spitzenbeträge uns alsbald einzureichen. Vergleiche unsere Bekanntmachung vom 22. Dezember 1925 (Kirchl. Gef.= u. V.=Bl. S. 241).

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. C. 1300.

D. Dr. Freiherr von Heinke.

Nr. 44. „Schule und evangelische Kirche in Preußen“.

Kiel, den 23. März 1927.

Auf Veranlassung der Gesellschaft für evangelische Pädagogik hat der Konsistorialrat beim evangelischen Oberkirchenrat P. Henselmann eine Zusammenstellung der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen über „Schule und evangelische Kirche in Preußen“ verfaßt. Diese Schrift ist im Verlag von J. Belz, Langensalza, erschienen. Der Preis beträgt 2,10 *R.M.*

Bis jetzt fehlte es für das Gebiet des preußischen Staates an einer zusammenfassenden, systematischen Darstellung dieser Grenzbeziehungen von Schule und evangelischer Kirche, ein Mangel, der sich um so empfindlicher auswirken mußte, als in der Gegenwart von allen Seiten daran gearbeitet wird, auf dem Boden des historisch Gewordenen und Gewachsenen die Neuregulierung dieser Grenzbeziehungen vorzunehmen. Den Anfang der Schrift macht eine Darstellung der Bestimmungen über die Frage Kirche und Schule in den Verfassungsurkunden der evangelischen Kirchen Preußens. Daran schließt sich der Hauptabschnitt, die Darstellung der Bestimmungen und Verordnungen des Staates. Dabei kommen sowohl die konfessionellen Verhältnisse der öffentlichen Schulen in Preußen wie die besonderen Fragen des Religionsunterrichts zur Behandlung. Den Abschluß machen programmatische kirchliche Erklärungen zu der Frage des Verhältnisses zwischen Schule und Kirche sowie bereits erfolgte Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche bzw. gesetzliche Regelungen des Verhältnisses von Kirche und Schule seit 1920.

Das Heft bedeutet für jeden, der praktisch oder theoretisch mit den Schulfragen sich beschäftigt, ein unentbehrliches Hilfsmittel. Seine Anschaffung kann daher den Herren Geistlichen nur dringend empfohlen werden.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. A. 739.

D. Dr. Freiherr von Heinke.

Nr. 45. Übersicht über die Kollektenerträge

| Laufende Nummer | Propstei | Für Pflege, Erziehung und Berufsausbildung sittlich gefährdeter Kinder | | Für die Evangelische Frauenhilfe | | Für den Landes- elternbund | | Für die Auswanderer- fürsorge | |
|-----------------|--------------------------------------|--|----|----------------------------------|----|----------------------------|----|-------------------------------|----|
| | | 1. Januar 1926 | | 17. Januar 1926 | | 24. Januar 1926 | | 31. Januar 1926 | |
| | | R.M. | ℥ | R.M. | ℥ | R.M. | ℥ | R.M. | ℥ |
| 1 | Flensburg | 222 | 48 | 95 | 27 | 88 | 58 | 95 | 80 |
| 2 | Nordangeln | 286 | 25 | 73 | 63 | 97 | 85 | 131 | 82 |
| 3 | Südtondern | 287 | 94 | 59 | 44 | 85 | 74 | 97 | — |
| 4 | Husum-Bredstedt | 420 | 64 | 128 | 90 | 135 | 67 | 146 | 50 |
| 5 | Eiderstedt | 112 | 98 | 25 | 93 | 33 | 21 | 30 | — |
| 6 | Schleswig | 272 | 67 | 53 | 74 | 59 | 75 | 84 | 40 |
| 7 | Südangeln | 230 | 93 | 76 | 23 | 118 | 18 | 111 | 86 |
| 8 | Hütten | 159 | 14 | 44 | 81 | 93 | 45 | 73 | 95 |
| 9 | Altona | 349 | 24 | 162 | 88 | 190 | 36 | 191 | 60 |
| 10 | Binneberg | 279 | — | 111 | — | 98 | — | 122 | — |
| 11 | Kanzau | 169 | 37 | 46 | 31 | 68 | 18 | 63 | 64 |
| 12 | Münsterdorf | 200 | 37 | 65 | 60 | 76 | 57 | 105 | 14 |
| 13 | Süderdithmarschen | 191 | 40 | 38 | 30 | 48 | 86 | 61 | 20 |
| 14 | Norderdithmarschen | 124 | 10 | 30 | 19 | 41 | 89 | 46 | 35 |
| 15 | Kendsburg | 210 | 56 | 78 | 28 | 101 | 48 | 112 | 10 |
| 16 | Riel | 350 | 25 | 174 | 89 | 138 | 97 | 206 | 44 |
| 17 | Neumünster | 188 | 17 | 67 | 40 | 70 | 39 | 75 | 38 |
| 18 | Segeberg | 119 | 09 | 54 | 96 | 44 | 77 | 59 | 32 |
| 19 | Stormarn | 223 | 54 | 133 | 20 | 79 | 40 | 82 | 30 |
| 20 | Plön | 210 | 41 | 53 | 23 | 61 | 71 | 68 | 23 |
| 21 | Odenburg | 224 | 70 | 75 | 51 | 80 | 50 | 71 | 32 |
| 22 | Lauenburg | 159 | 77 | 127 | 81 | 158 | 46 | 154 | 73 |
| | Propst Bade-Openrade | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | Pastor Boyens-Lügumkloster | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | Summe | 4993 | — | 1777 | 51 | 1971 | 97 | 2191 | 08 |

Für Lauenburg sind außerdem gesammelt:

1. für die Lauenburgische Bibelgesellschaft: 285,61 R.M.
2. " den Lauenburgischen Gotteskasten: 186,41 "
3. " die Leipziger Mission: 426,76 "

im Kalenderjahr 1926.

| Zur Beschaffung von Bibeln und Gesangbüchern 7. Februar 1926 | | Für die Seemanns- mission 14. Februar 1926 | | Für die Nationalstiftung und Krieger- gräberfürsorge 28. Februar 1926 | | Für die deutsche Auslands- diaspora 7. März 1926 | | Für die evangelischen Arbeitervereine 14. März 1926 | | Für die kirchliche Jugendpflege 21. u. 28. März 1926 | |
|---|----------|---|----------|---|----------|--|----------|--|----------|--|----------|
| <i>R.M.</i> | <i>℥</i> | <i>R.M.</i> | <i>℥</i> | <i>R.M.</i> | <i>℥</i> | <i>R.M.</i> | <i>℥</i> | <i>R.M.</i> | <i>℥</i> | <i>R.M.</i> | <i>℥</i> |
| 73 | 36 | 109 | 24 | 443 | 64 | 103 | 66 | 141 | 69 | 378 | 74 |
| 126 | 54 | 122 | 80 | 511 | 34 | 85 | 93 | 119 | 02 | 232 | 10 |
| 93 | 20 | 132 | 66 | 618 | 67 | 88 | 33 | 97 | 08 | 238 | 59 |
| 153 | 52 | 200 | 83 | 614 | 04 | 145 | 46 | 162 | 10 | 383 | 02 |
| 38 | 89 | 46 | 22 | 383 | 37 | 24 | 47 | 36 | 61 | 97 | 34 |
| 60 | 90 | 85 | 39 | 453 | 95 | 99 | 95 | 136 | 93 | 249 | 97 |
| 102 | 22 | 130 | 66 | 732 | 17 | 93 | 98 | 116 | 56 | 249 | 33 |
| 127 | 85 | 102 | 55 | 467 | 32 | 61 | 20 | 71 | 57 | 215 | 22 |
| 232 | 84 | 193 | 58 | 663 | 72 | 238 | 34 | 182 | 46 | 847 | 16 |
| 127 | — | 138 | — | 839 | — | 132 | — | 138 | — | 740 | — |
| 98 | 61 | 72 | 98 | 465 | 26 | 82 | 51 | 105 | 88 | 285 | 84 |
| 112 | 75 | 99 | 33 | 527 | 30 | 92 | 60 | 107 | 48 | 322 | 51 |
| 55 | 68 | 77 | 14 | 559 | 89 | 52 | 41 | 76 | 59 | 302 | 01 |
| 36 | 54 | 49 | 09 | 312 | 38 | 70 | 08 | 50 | 47 | 199 | 02 |
| 95 | 36 | 95 | 47 | 553 | 78 | 94 | 68 | 90 | 80 | 334 | 12 |
| 255 | 87 | 218 | 76 | 583 | 11 | 155 | 13 | 183 | 30 | 555 | 39 |
| 93 | 26 | 81 | 28 | 446 | 08 | 74 | 98 | 120 | 71 | 339 | 52 |
| 68 | 26 | 50 | 79 | 375 | 73 | 54 | 12 | 52 | 06 | 204 | 01 |
| 104 | 95 | 106 | 55 | 518 | 22 | 93 | 55 | 101 | 60 | 373 | 82 |
| 79 | 44 | 71 | 24 | 466 | 36 | 72 | 73 | 69 | 91 | 210 | 67 |
| 65 | 69 | 75 | 04 | 472 | 46 | 54 | 70 | 75 | 70 | 280 | 69 |
| 172 | 93 | 162 | 53 | 714 | 39 | 144 | 98 | 153 | 14 | 416 | 74 |
| — | — | — | — | 77 | 40 | — | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 2375 | 66 | 2422 | 13 | 11799 | 58 | 2115 | 79 | 2389 | 66 | 7455 | 81 |

(Fortsetzung der

| Laufende Nummer | Propstei | Für die Diakonissen- anstalten in Altona und Flensburg 4. April 1926 | | Für das Deutsche Institut für ärztliche Mission 18. April 1926 | | Für den Verein zur Pflege kirchlicher Musik in Schlesw.-Holst. 2. Mai 1926 | | Für den ev.-lutherischen Gotteskasten 13. Mai 1925 | |
|-----------------|--------------------------------------|---|---------------------|---|----|---|----|---|----|
| | | R.M. | ℔ | R.M. | ℔ | R.M. | ℔ | R.M. | ℔ |
| | | 1 | Flensburg | 399 | 19 | 111 | 69 | 95 | 74 |
| 2 | Nordangeln | 584 | 48 | 107 | 31 | 101 | 82 | 169 | 87 |
| 3 | Südtondern | 415 | 34 | 109 | 24 | 100 | 85 | 120 | 95 |
| 4 | Husum-Bredstedt | 559 | 50 | 145 | 71 | 161 | 72 | 200 | 11 |
| 5 | Eiderstedt | 161 | 50 | 44 | 70 | 34 | 60 | 42 | 43 |
| 6 | Schleswig | 292 | 15 | 94 | 75 | 98 | 14 | 115 | 35 |
| 7 | Südangeln | 406 | 33 | 118 | 37 | 129 | 51 | 154 | 16 |
| 8 | Häften | 257 | 88 | 74 | 22 | 67 | 10 | 104 | 82 |
| 9 | Altona | 369 | 08 | 192 | 24 | 170 | 38 | 203 | 83 |
| 10 | Pinneberg | 490 | — | 117 | 41 | 133 | 52 | 138 | — |
| 11 | Ranzau | 267 | 39 | 110 | 62 | 68 | 46 | 98 | 87 |
| 12 | Münsterdorf | 324 | 58 | 102 | 64 | 78 | 18 | 127 | 32 |
| 13 | Süderdithmarschen | 272 | 21 | 71 | 82 | 96 | 24 | 97 | 62 |
| 14 | Norderdithmarschen | 172 | 52 | 32 | 53 | 36 | 45 | 33 | 77 |
| 15 | Rendsburg | 327 | 84 | 91 | 22 | 86 | 88 | 168 | 09 |
| 16 | Kiel | 394 | 04 | 159 | 29 | 200 | 23 | 135 | 22 |
| 17 | Neumünster | 298 | 36 | 83 | 40 | 79 | 02 | 155 | 06 |
| 18 | Segeberg | 198 | 70 | 55 | 81 | 77 | 27 | 61 | 52 |
| 19 | Stormarn | 313 | 29 | 86 | 10 | 103 | 55 | 120 | 30 |
| 20 | Plön | 209 | 38 | 87 | 06 | 66 | 69 | 84 | 01 |
| 21 | Oldenburg | 314 | 95 | 64 | 87 | 90 | 05 | 75 | 51 |
| 22 | Lauenburg | 457 | 64 | 168 | 53 | 184 | 81 | 209 | 67 |
| | Propst Bade-Apenrade | 29 | 15 | — | — | — | — | — | — |
| | Pastor Boyens-Lügumkloster | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | Summe | 7515 | 50 | 2229 | 53 | 2261 | 21 | 2783 | 82 |

vorstehenden Tabelle.)

| Für den Landesverein für Innere Mission 23. u. 24. Mai 1926 | | Für den Evangelischen Bund 6. Juni 1926 | | Für die Heidenmission 4. Juli 1926 | | Für die Judenmission und den Jerusalemverein 8. August 1926 | | Für die Schlesw.-Holst. Brüderanstalt Rickling 15. August 1926 | | Für die Herbergen zur Heimat 29. August 1926 | | Für die kirchliche weibliche Jugendpflege 12. Sept. 1926 | |
|--|----------|--|----------|---------------------------------------|----------|--|----------|---|----------|---|----------|---|----------|
| <i>R.M.</i> | <i>?</i> | <i>R.M.</i> | <i>?</i> | <i>R.M.</i> | <i>?</i> | <i>R.M.</i> | <i>?</i> | <i>R.M.</i> | <i>?</i> | <i>R.M.</i> | <i>?</i> | <i>R.M.</i> | <i>?</i> |
| 283 | 95 | 99 | 29 | 282 | 33 | 152 | 06 | 134 | 35 | 134 | 88 | 105 | 21 |
| 449 | 27 | 117 | 91 | 420 | 38 | 114 | 76 | 181 | 13 | 153 | 77 | 109 | 01 |
| 376 | 92 | 120 | 45 | 370 | 25 | 163 | 27 | 225 | 97 | 208 | 69 | 141 | 17 |
| 564 | 75 | 154 | 22 | 454 | 94 | 172 | 58 | 220 | 54 | 191 | 25 | 156 | 02 |
| 151 | 62 | 48 | 24 | 167 | 80 | 58 | 01 | 57 | 97 | 64 | 01 | 50 | 89 |
| 320 | 94 | 84 | 70 | 231 | 96 | 106 | 71 | 108 | 51 | 130 | 73 | 107 | 69 |
| 383 | 29 | 133 | 32 | 364 | 08 | 150 | 86 | 180 | 06 | 170 | 86 | 117 | 81 |
| 203 | 78 | 74 | 60 | 160 | 31 | 63 | 67 | 111 | 40 | 84 | 81 | 83 | 45 |
| 332 | 88 | 181 | 98 | 298 | 60 | 194 | 77 | 194 | 87 | 175 | 86 | 234 | 50 |
| 338 | — | 131 | — | 293 | — | 174 | — | 152 | — | 143 | — | 177 | — |
| 202 | 84 | 80 | 94 | 243 | 46 | 79 | 87 | 102 | 76 | 69 | 64 | 68 | 70 |
| 264 | 58 | 101 | 81 | 191 | 13 | 103 | 45 | 109 | 90 | 101 | 70 | 94 | 16 |
| 203 | 96 | 83 | 75 | 155 | 89 | 98 | 18 | 78 | 65 | 98 | 19 | 77 | 51 |
| 133 | 20 | 43 | 67 | 99 | 74 | 59 | 23 | 69 | 79 | 68 | 53 | 51 | 63 |
| 261 | 20 | 94 | 13 | 181 | 39 | 91 | 58 | 152 | 11 | 108 | 30 | 87 | 34 |
| 229 | 10 | 136 | 62 | 240 | 57 | 123 | 38 | 150 | 28 | 140 | 35 | 155 | 23 |
| 223 | 04 | 96 | 26 | 273 | 09 | 88 | 24 | 95 | 52 | 91 | 78 | 106 | 68 |
| 154 | 51 | 43 | 65 | 121 | 22 | 50 | 87 | 71 | 65 | 70 | 98 | 70 | 48 |
| 315 | 35 | 125 | — | 380 | 17 | 116 | 80 | 166 | 44 | 104 | 11 | 144 | 33 |
| 194 | 73 | 74 | 43 | 126 | 38 | 99 | 84 | 120 | 93 | 69 | 85 | 102 | 73 |
| 249 | 95 | 70 | 28 | 172 | 55 | 93 | 08 | 107 | 43 | 168 | 28 | 86 | 06 |
| 365 | 38 | 146 | 03 | 239 | 04 | 176 | 16 | 216 | 82 | 194 | 86 | 168 | 92 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 6203 | 24 | 2242 | 28 | 5468 | 28 | 2526 | 37 | 3009 | 08 | 2744 | 43 | 2496 | 52 |

(Fortsetzung der

| Laufende Nummer | Propstei | Für Stipendien an evangel. Theologie- studierende Schlesw.-Holst. 19. Sept. 1926 | | Zur Abhilfe kirchlicher Notstände 26. Sept. 1926 | | Für den Allgemeinen ev.-protest. Missionsverein 10. Oktober 1926 | | Für das Blaue Kreuz 17. Oktober 1926 | |
|-----------------|--------------------------------------|---|---------------------|---|----|--|----|--|----|
| | | R.M. | ℥ | R.M. | ℥ | R.M. | ℥ | R.M. | ℥ |
| | | 1 | Flensburg | 121 | 64 | 518 | 57 | 48 | 93 |
| 2 | Nordangeln | 135 | 62 | 404 | 87 | 20 | 46 | 88 | 71 |
| 3 | Südtondern | 125 | 84 | 737 | 93 | 27 | 75 | 94 | 83 |
| 4 | Husum-Bredstedt | 219 | 55 | 1273 | 80 | 41 | 25 | 161 | 55 |
| 5 | Eiderstedt | 42 | 39 | 244 | 77 | 26 | 70 | 36 | 52 |
| 6 | Schleswig | 138 | 71 | 664 | 44 | 30 | 20 | 100 | 69 |
| 7 | Südangeln | 137 | 57 | 439 | 91 | 24 | 37 | 101 | 62 |
| 8 | Hütten | 85 | 91 | 559 | 08 | 41 | 43 | 46 | 55 |
| 9 | Altona | 254 | 74 | 322 | 32 | 85 | 93 | 164 | 40 |
| 10 | Binneberg | 204 | — | 647 | — | 49 | — | 168 | — |
| 11 | Ranzau | 71 | 58 | 730 | 29 | 50 | 65 | 64 | — |
| 12 | Münsterdorf | 88 | 05 | 555 | 12 | 42 | 96 | 77 | 12 |
| 13 | Süderdithmarschen | 120 | 42 | 644 | 40 | 34 | 55 | 87 | 33 |
| 14 | Norderdithmarschen | 46 | 84 | 308 | 39 | 38 | 59 | 42 | 97 |
| 15 | Rendsburg | 138 | 25 | 345 | 76 | 68 | 69 | 94 | 76 |
| 16 | Kiel | 177 | 27 | 436 | 25 | 153 | 63 | 113 | 01 |
| 17 | Neumünster | 90 | 07 | 555 | 12 | 54 | 10 | 100 | 34 |
| 18 | Segeberg | 64 | 21 | 492 | 25 | 47 | 45 | 37 | 80 |
| 19 | Stormarn | 115 | 66 | 512 | 84 | 12 | 50 | 40 | 70 |
| 20 | Blön | 78 | 03 | 390 | 16 | 39 | 74 | 55 | 22 |
| 21 | Oldenburg | 115 | 20 | 328 | 05 | 44 | 26 | 48 | 60 |
| 22 | Lauenburg | 209 | 90 | 1040 | 26 | 16 | 61 | 141 | 82 |
| | Propst Bade-Apenrade | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | Pastor Boyens-Lügumkloster | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | Summe | 2789 | 45 | 11 879 | 98 | 999 | 75 | 1973 | 92 |
| | abgeführt an die Landeskirchentasse | | | 7 458 | 63 | | | | |
| | von den Kirchengemeinden einbehalten | | | 4 421 | 35 | | | | |

vorstehenden Tabelle.)

| Für den Gustav- Adolf-Verein 31. Oktober 1926 | | Für die vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz 14. Nov. 1926 | | Zur Bekämpfung der öffentl. Unfittlichkeit 17. Nov. 1926 | | Für die Christliche Liebestätigkeit 28. Nov. 1926 | | Für die Schlesw.-Holst. Gefangen- fürsorge 5. Dezemb. 1926 | | Für das Diaconissen- haus „Bethanien“ in Kropp 12. Dez. 1926 | | Für die ev.-luth. Missions- gesellschaft in Breklum 25. Dez. 1926 | |
|--|----------|--|----------|--|----------|--|----------|--|----------|---|----------|--|----------|
| <i>R.M.</i> | <i>℥</i> | <i>R.M.</i> | <i>℥</i> | <i>R.M.</i> | <i>℥</i> | <i>R.M.</i> | <i>℥</i> | <i>R.M.</i> | <i>℥</i> | <i>R.M.</i> | <i>℥</i> | <i>R.M.</i> | <i>℥</i> |
| 411 | 05 | 47 | 80 | 325 | 60 | 125 | 62 | 97 | 94 | 119 | — | 610 | 82 |
| 237 | 93 | 48 | 55 | 272 | 56 | 126 | 46 | 91 | 26 | 106 | 30 | 564 | 74 |
| 343 | 04 | 72 | 80 | 266 | 25 | 149 | 28 | 97 | 02 | 119 | 80 | 781 | 17 |
| 383 | 85 | 105 | — | 330 | 47 | 187 | 30 | 171 | 41 | 172 | 73 | 918 | 06 |
| 147 | 47 | 17 | 79 | 81 | 20 | 54 | 74 | 33 | 09 | 49 | 78 | 257 | 09 |
| 179 | 79 | 109 | 19 | 232 | 50 | 122 | 28 | 100 | 21 | 106 | 31 | 523 | 42 |
| 251 | 85 | 74 | 68 | 356 | 34 | 140 | 75 | 130 | 56 | 115 | 92 | 625 | 54 |
| 117 | 39 | 29 | 50 | 162 | 55 | 81 | 91 | 72 | 65 | 70 | 49 | 302 | 94 |
| 420 | 53 | 107 | 14 | 485 | 84 | 205 | 45 | 208 | 93 | 232 | 40 | 548 | 83 |
| 330 | — | 84 | — | 368 | — | 211 | — | 136 | — | 126 | — | 580 | — |
| 214 | 46 | 57 | 46 | 247 | 30 | 69 | 89 | 87 | 26 | 117 | 81 | 444 | 44 |
| 233 | 32 | 59 | 41 | 229 | 49 | 87 | 78 | 100 | 87 | 81 | 61 | 471 | 27 |
| 153 | 30 | 59 | 10 | 172 | 99 | 92 | 87 | 86 | 93 | 110 | 14 | 384 | 59 |
| 93 | 23 | 43 | 69 | 97 | 42 | 48 | 86 | 63 | 74 | 42 | 37 | 287 | 99 |
| 198 | 77 | 95 | 95 | 264 | 39 | 141 | 60 | 94 | 39 | 99 | 49 | 508 | 15 |
| 293 | 79 | 71 | 80 | 364 | 35 | 180 | 31 | 216 | — | 152 | 96 | 469 | 73 |
| 183 | 32 | 40 | 33 | 261 | 90 | 147 | 57 | 100 | 18 | 106 | 04 | 479 | 98 |
| 127 | 38 | 26 | 90 | 156 | 17 | 49 | 96 | 48 | 23 | 50 | 79 | 255 | 04 |
| 229 | 55 | 44 | 20 | 290 | 31 | 120 | 63 | 109 | 40 | 121 | 74 | 446 | 50 |
| 161 | 03 | 37 | 89 | 174 | 71 | 85 | 16 | 71 | 53 | 78 | 62 | 281 | 54 |
| 188 | 92 | 77 | — | 177 | 21 | 112 | 24 | 55 | 70 | 54 | 66 | 395 | 97 |
| 164 | 16 | 110 | 99 | 418 | 15 | 203 | 52 | 168 | 12 | 185 | 90 | 577 | 76 |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30,— | Kronen |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 29,44 | „ |
| 5064 | 13 | 1421 | 17 | 5735 | 70 | 2745 | 18 | 2341 | 42 | 2420 | 86 | 10715 | 57 |

Kiel, den 12. März 1927.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

D. Dr. Freiherr von Heinke.

Nr. 46. Gesuche um Beihilfen für Posaunenchöre.

Kiel, den 23. März 1927.

Die Arbeit der Posaunenchöre macht in letzter Zeit erfreuliche Fortschritte. Da jedoch die landeskirchlichen Mittel, die uns zur Förderung dieser Aufgaben zur Verfügung stehen, beschränkt sind, müssen wir darauf Wert legen, zunächst einen Überblick zu erhalten, wieweit diese Mittel für das laufende Geschäftsjahr in Anspruch genommen werden. Wir geben deshalb anheim, etwaige Anträge auf Beihilfen für Posaunenchöre bis zum 1. Mai an uns einzureichen. Später eingehende Anträge können nicht auf Berücksichtigung im laufenden Geschäftsjahr rechnen. Die bereits vorliegenden Anträge brauchen nicht wiederholt zu werden. Voraussetzung für die Berücksichtigung jedes Gesuchs ist das Eigentumsrecht der Kirchengemeinden an den Posaunen und die Verantwortlichkeit der Kirchenvorstände für den Verbleib der Instrumente. Ohne unsere Genehmigung dürfen diese weder verkauft noch verliehen werden.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

D. Dr. Freiherr von Heinke.

Nr. A. 808.

Nr. 47. Studienbeihilfe an evangelische Theologiestudierende.

Kiel, den 22. März 1927.

Wir beabsichtigen, die uns zum Besten bedürftiger evangelischer Theologiestudierender Schleswig-Holsteins zur Verfügung stehenden Mittel für das Sommersemester 1927 durch Verleihung von Stipendien zur Verteilung zu bringen.

Bewerbungsgesuche sind uns bis zum 10. Mai 1927 einzureichen.

Berücksichtigt werden bei Gewährung der Studienbeihilfe nur Schleswig-Holsteiner.

Dem vom Theologiestudierenden selbst zu schreibenden Bewerbungsgesuch sind beizufügen:

1. ein Bedürftigkeitsnachweis,
2. die Fleißzeugnisse über die in dem der Bewerbung unmittelbar vorhergehenden Studiensemester gehörten Vorlesungen oder ein Dekanatsprüfungszeugnis.

In dem Gesuch ist besonders anzugeben:

1. die genaue Anschrift (Ort, Straße, Hausnummer), unter der die Benachrichtigung erfolgen soll (evtl. Bankkonto),
2. Heimatort,
3. Alter,
4. Semesterzahl,
5. studiert im Sommersemester 1927 wo?
6. Stand der Eltern,
7. Höhe der elterlichen und sonstigen Unterstützungen,

8. Zahl der unversorgten Geschwister,
9. etwaige Stipendien,
10. ob und in welchem Studienheim die Aufnahme für das kommende Semester gesichert oder beantragt ist.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

D. Dr. Freiherr von Heinke.

Nr. C. 1365.

Nr. 48. Abänderung der Prüfungsordnung.

Kiel, den 28. März 1927.

Die Ausführungsverordnung der Kirchenregierung über die theologischen Prüfungen vom 17. Februar 1925 (Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 70 ff.) wird wie folgt abgeändert:

1. § 14 erhält folgende Fassung:

§ 14.

(1) Die Prüfung kann nur einmal, und zwar regelmäßig nach einem Jahr, ausnahmsweise auf Beschluß des Prüfungsausschusses nach einem halben Jahr, wiederholt werden. Eine neue wissenschaftliche Abhandlung braucht nur dann eingereicht zu werden, wenn die frühere das Prädikat „genügend“ nicht erreicht hat.

(2) Wenn ein Kandidat, nachdem er seine Abhandlung eingeliefert hat, seine Meldung aus anderen als vom Landeskirchenamt gebilligten Gründen zurückzieht, kann er nur noch einmal zur ersten Prüfung zugelassen werden. Die Meldung kann zum nächsten Prüfungstermin erfolgen.

(3) Die Bestimmungen der §§ 3, 4 und 5 finden entsprechende Anwendung.

2. § 22 erhält folgende Fassung:

§ 22.

Die mündliche Prüfung umfaßt:

1. praktische Exegese unter Zugrundelegung eines hebräischen oder griechischen Textes,
2. Bibelfunde,
3. Theorie des Kirchendienstes (je nach Wahl des Prüfungsausschusses Homiletik, Katechetik, Liturgik, Lehre von der Seelsorge),
4. Pädagogik,
5. christliche Liebestätigkeit (einschließlich Heidenmission),
6. Kunde von den Freikirchen und Sekten,
7. Kirchenrecht.

3. Hinter § 22 tritt folgender § 22 a:

§ 22 a.

Kandidaten, die in der ersten Prüfung für alttestamentliche Exegese das Prädikat „genügend“ (3) nicht erreicht haben, werden in der alttestamentlichen Exegese durch ein vom leitenden Bischof zu

bestimmendes Mitglied des Prüfungsausschusses nachgeprüft. Außerdem erhalten sie in der praktischen Exegese einen griechischen Text. Bei der Zusammenfassung der Prädikate gemäß § 24 Abs. 1 und 2 wird nur die praktische Exegese doppelt gerechnet.

4. § 23 erhält folgende Fassung:

§ 23.

Die Kandidaten halten einen öffentlichen Gottesdienst. Der leitende Bischof bestimmt Ort und Zeit und setzt die liturgische Ordnung fest.

5. Hinter § 23 tritt folgender § 23 a:

§ 23 a.

An die mündliche Prüfung schließt sich eine Katechese an, der der eingereichte Entwurf zugrunde zu legen ist.

6. § 24 erhält folgende Fassung:

§ 24.

(1) In dem schriftlichen Prüfungszeugnis werden den Kandidaten Prädikate gegeben für:

1. praktische Exegese,
2. Bibelfunde,
3. Theorie des Kirchendienstes,
4. Pädagogik,
5. christliche Liebestätigkeit,
6. Kunde von den Freikirchen und Sekten,
7. Kirchenrecht,
8. Ausarbeitung der Predigt,
9. Predigtvortrag,
10. katechetische Befähigung,
11. liturgische Befähigung.

(2) Bei der Zusammenfassung dieser Prädikate in das Gesamtergebnis werden das erste, das dritte, das achte und das zehnte doppelt gerechnet.

(3) Wer im Gesamtergebnis aller Fächer das Prädikat „genügend“ nicht voll erreicht, hat die Prüfung nicht bestanden.

7. § 26 erhält folgende Fassung:

§ 26.

Die Bestimmungen der §§ 6, 12 Absatz 1 und 4, 13 und 15 Absatz 1 finden auf die zweite Prüfung entsprechende Anwendung.

8. § 4 Absatz 3 Ziffer 5 erhält folgenden Zusatz:

„und Auskunft zu geben ist, wie er sich am kirchlichen Gemeindeleben, insbesondere auch als Helfer im Kindergottesdienst beteiligt hat“.

9. Die Abänderungen in den §§ 22, 22 a und 24 sollen erst für den Herbsttermin 1927, die übrigen Abänderungen bereits für den Osterttermin in Kraft treten.

10. Der Vorsitzende der Kirchenregierung wird ermächtigt, die Ausführungsverordnung in der abgeänderten Fassung und unter Berücksichtigung der Abänderung vom 25. August 1926 (Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 147) unter fortlaufenden Paragraphen neu zu veröffentlichen.

Die Kirchenregierung.

D. Mordhorst.

Nr. 49. Neuabdruck der Prüfungsordnung.

Kiel, den 28. März 1927.

Gemäß vorstehender Verordnung der Kirchenregierung wird die Ausführungsverordnung der Kirchenregierung über die theologischen Prüfungen vom 17. Februar 1925 in der neuen Fassung nachstehend zum Abdruck gebracht.

Der Vorsitzende der Kirchenregierung.

D. Mordhorst.

Auf Grund des § 15 des Kirchengesetzes über die Anstellungsfähigkeit und Vorbildung der Geistlichen in der evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins vom 29. Oktober 1924 (Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. 1925, S. 28) treffen wir über die theologischen Prüfungen folgende Anordnungen:

§ 1.

(1) Die Veranstaltung der theologischen Prüfungen gehört zum Geschäftsbereich des Landeskirchenamts.

(2) Zur Abhaltung der Prüfungen wird vom Landeskirchenamt im Einvernehmen mit den Bischöfen für die erste und für die zweite Prüfung je ein besonderer Ausschuß gebildet.

(3) Die Prüfungsausschüsse sind befugt, für die Durchführung und Einrichtung der einzelnen Prüfungen nähere Bestimmungen im Rahmen der Vorschriften dieser Verordnung zu treffen.

§ 2.

(1) Der Ausschuß für die erste Prüfung besteht in der Regel (vgl. § 30) aus:

1. den beiden Bischöfen, zwischen denen die Leitung halbjährlich wechselt,
2. dem Landesuperintendenten für Lauenburg,
3. drei geistlichen Mitgliedern des Landeskirchenamts,
4. vier Mitgliedern der theologischen Fakultät der Universität Kiel, die der evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins angehören.

(2) Nach Bedarf ist der Prüfungsausschuß durch Mitglieder aus der schleswig-holsteinischen Geistlichkeit zu ergänzen (§ 30).

(3) Die Mitglieder zu 4 werden auf Vorschlag der theologischen Fakultät aus der Zahl ihrer ordentlichen Mitglieder, im Notfall zur Vertretung des einzelnen Faches auch aus der Zahl der Nichtordinarien berufen. Die Mitglieder zu 3 und die Mitglieder nach Abs. 2 werden von dem Landeskirchenamt berufen.

(4) Befinden sich Lübeckische Theologen unter den Kandidaten, so entsendet der Lübeckische Kirchenrat eines seiner geistlichen Mitglieder als Kommissar, der an der Abnahme der Prüfung — soweit Lübeckische Theologen in Betracht kommen, mit Stimmrecht — teilnimmt, auch als Referent für Predigt und Katechese derselben fungiert.

§ 3.

Die erste Prüfung wird zweimal im Jahre abgehalten, das eine Mal nach dem Osterfest, das andere Mal um Michaelis.

§ 4.

(1) Die Gesuche um Zulassung zur ersten Prüfung sind für den Ostertermin bis zum 1. Oktober des voraufgehenden Jahres, für den Herbsttermin bis zum 1. April des Jahres beim Landeskirchenamt einzureichen.

(2) Lübeckische Kandidaten haben das Gesuch um Zulassung an den Kirchenrat der evangelisch-lutherischen Kirche des Lübeckischen Staats zu richten, der das Gesuch, wenn es ihm zur Beantwortung keinen Anlaß gibt, an das Landeskirchenamt weitersendet.

(3) Den Gesuchen sind anzulegen:

1. der Geburts- und der Konfirmationschein;
2. das Zeugnis der Universitätsreise, sowie gegebenenfalls der Nachweis der Reise in der lateinischen, griechischen und hebräischen Sprache;
3. die Universitätsabgangszeugnisse nebst den darin angeführten oder anderweitigen Zeugnissen über seminaristische Übungen; das letzte Abgangszeugnis kann nachgeliefert werden, in diesem Fall ist jedoch das Testierbuch vorzulegen;
4. ein ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand des Kandidaten, aus welchem insbesondere ersichtlich sein muß, ob bezw. an welchen körperlichen Gebrechen der Kandidat leidet, die geeignet sind, einer Ausübung des geistlichen Berufs Hindernisse in den Weg zu legen;
5. ein Lebenslauf, in dem der Gang der Universitätsstudien darzulegen ist und die Gebiete zu bezeichnen sind, denen etwa der Kandidat vorzugsweise Fleiß und Interesse zugewandt hat und Auskunft zu geben ist, wie er sich am kirchlichen Gemeindeleben, insbesondere als Helfer im Kindergottesdienst beteiligt hat*).

*) Nach der Verfügung des Landeskirchenamts vom 13. Juli 1925 (Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 147) ist in dem dem Gesuch um Zulassung zur ersten theologischen Prüfung anzulegenden Lebenslauf eine Erklärung darüber abzugeben, ob, gegebenenfalls wann und wo der Kandidat bereits vorher sich in einer anderen Landeskirche oder bei einer Fakultät zur Ablegung einer theologischen Prüfung gemeldet hat. Die entsprechende Erklärung ist in dem Gesuch um Zulassung zur zweiten theologischen Prüfung von denjenigen Kandidaten abzugeben, die die erste theologische Prüfung nicht vor dem Prüfungsausschuß des Landeskirchenamts abgelegt oder die zwischen der ersten und der zweiten Prüfung liegende Vorbereitungszeit nicht vollständig in dem schleswig-holsteinischen Predigerseminar oder in einem Lehrvikariat der Landeskirche abgeleistet haben.

§ 5.

(1) Über die Zulassung zur ersten Prüfung entscheidet das Landeskirchenamt. Die Zulassung kann insbesondere dann versagt werden, wenn der Kandidat sein Studium so wenig methodisch eingerichtet hat, daß es als ein ordnungsmäßiges theologisches Studium nicht anzusehen ist.

(2) Der Kandidat erhält eine schriftliche Entscheidung über die Zulassung oder Zurückweisung.

(3) Wird der Kandidat zugelassen, so erteilt ihm der leitende Bischof die Aufgabe für die wissenschaftliche Abhandlung. Der Arbeit ist eine kurze Einteilung und eine Angabe der gesamten zur Benutzung gekommenen Schriftwerke beizufügen. Am Schlusse hat der Kandidat zu versichern, daß er die Arbeit selbständig angefertigt und anderer als der von ihm angegebenen Schriften sich nicht bedient hat.

(4) Die Abhandlung ist innerhalb einer Frist von drei Monaten, vom Tage der Zustellung der Aufgabe ab gerechnet, an das Landeskirchenamt einzureichen. Wird die Frist versäumt, so gilt die Zulassung zur Prüfung als erloschen, wovon dem Kandidaten Mitteilung gemacht wird.

§ 6.

(1) Spätestens acht Wochen vor dem Beginn der Prüfung werden dem Kandidaten die von dem leitenden Bischof festgesetzten Texte zu einer Predigt und einer Katechese zugestellt.

(2) Der Kandidat hat die Niederschrift der Predigt nebst Disposition, sowie den sorgfältig auszuarbeitenden Entwurf der Katechese, dem die Ausführung eines freigewählten Abschnittes in Fragen und Antworten beizufügen ist, vier Wochen vor dem Beginn der Prüfung dem leitenden Bischof einzureichen. Beiden Arbeiten ist die Versicherung, daß sie von dem Kandidaten selbständig angefertigt worden sind, beizufügen.

§ 7.

(1) Der Kandidat hat nach Anordnung des leitenden Bischofs seine Predigt und Katechese vor einem oder mehreren Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu halten.

(2) Der leitende Bischof kann auch einen Geistlichen der Landeskirche mit der Abnahme der Predigtprobe betrauen. Der Geistliche hat nur ein Gutachten über den Vortrag der Predigt und die Haltung des Kandidaten abzugeben.

(3) Die Prädikate, die auf Grund der Prüfung für homiletische und katechetische Befähigung erteilt werden, kommen bei Feststellung des Gesamtergebnisses der Prüfung nicht in Betracht, werden aber dem Kandidaten mündlich mitgeteilt.

§ 8.

(1) Der Zweck der ersten Prüfung ist, zufolge § 5 des Kirchengesetzes vom 29. Oktober 1924, durch schriftliche und mündliche Proben zu ermitteln, ob der zu Prüfende durch das Studium auf der Universität die notwendige allgemeine wissenschaftliche und theologische Bildung sich erworben hat.

(2) Die Prüfung ist eine schriftliche und eine mündliche.

§ 9.

In der schriftlichen Prüfung werden den Kandidaten acht Aufgaben vorgelegt, und zwar nach Wahl des Prüfungsausschusses aus folgenden Fächern:

- | | |
|-------------------------------|---------------------------|
| 1. alttestamentliche Exegese, | 7. Konfessionskunde, |
| 2. neutestamentliche Exegese, | 8. Dogmatik, |
| 3. Einleitungswissenschaft, | 9. Ethik, |
| 4. biblische Theologie, | 10. Religionsphilosophie, |
| 5. Kirchengeschichte, | 11. Philosophie, |
| 6. Dogmengeschichte, | 12. praktische Theologie. |

§ 10.

Die mündliche Prüfung umfaßt:

1. Exegese des alten Testaments,
2. Exegese des neuen Testaments,
3. Einleitung in das alte Testament,
4. Einleitung in das neue Testament,
5. alttestamentliche Geschichte (Geschichte Israels) oder Theologie,
6. neutestamentliche Geschichte (Leben Jesu und Geschichte des apostolischen Zeitalters) oder Theologie,
7. Kirchengeschichte,
8. Dogmengeschichte, nebst Geschichte der Theologie,
9. Konfessionskunde nebst Exegese der symbolischen Bücher,
10. Dogmatik,
11. Ethik,
12. Philosophie,
13. Religionsphilosophie und Religionsgeschichte,
14. praktische Theologie.

§ 11.

Für die mündliche Prüfung werden Abteilungen gebildet, deren keine mehr als fünf Kandidaten umfassen soll.

§ 12.

(1) Bei Beurteilung der Leistungen in der wissenschaftlichen Abhandlung, den einzelnen Klausurarbeiten, den einzelnen Fächern der mündlichen Prüfung und der Predigt und Katechese werden vom Prüfungsausschuß nachstehende Prädikate erteilt: sehr gut (7), fast sehr gut (6), gut (5), fast gut (4), genügend (3), teilweise genügend (2), ungenügend (1). Ganz wertlose Leistungen werden mit 0 bewertet.

(2) Auf Grund dieser Beurteilung werden dem Kandidaten in dem schriftlichen Prüfungszeugnis Prädikate gegeben für:

1. alttestamentliche Exegese,
2. neutestamentliche Exegese,
3. alttestamentliche Einleitung und Geschichte,
4. neutestamentliche Einleitung und Geschichte,
5. Kirchen- und Dogmengeschichte,
6. Konfessionskunde,

7. Dogmatik,
8. Ethik,
9. Philosophie,
10. Religionsphilosophie und Religionsgeschichte,
11. praktische Theologie,
12. die Abhandlung, deren Thema in dem Zeugnis anzugeben ist.

(3) Wer in der Dogmatik unter Berücksichtigung der Religionsphilosophie und der Dogmengeschichte oder im Gesamtergebnis aller Fächer das Prädikat „genügend“ nicht voll erreicht hat, hat die Prüfung nicht bestanden.

(4) Wer in neutestamentlicher Exegese das Prädikat „genügend“ nicht voll erreicht, sonst aber im Gesamtergebnis — einschließlich der neutestamentlichen Exegese — das Prädikat „genügend“ hat, kann sich zum nächsten Prüfungstermin zur Nachprüfung in der neutestamentlichen Exegese melden. Erfolgt die Meldung nicht innerhalb vier Wochen nach Beendigung der ersten Prüfung oder besteht er die Nachprüfung nicht, so ist die gesamte erste Prüfung als nicht bestanden anzusehen.

(5) Das Gesamtergebnis der Prüfung, bei dessen Feststellung der Gesamteindruck, den der Kandidat gemacht hat, in angemessener Weise Berücksichtigung finden soll, wird durch die Worte:

- sehr gut bestanden,
- fast sehr gut bestanden,
- gut bestanden,
- fast gut bestanden,
- bestanden

ausgedrückt. Das Prädikat der Abhandlung wird bei der Feststellung des Gesamtergebnisses doppelt bewertet.

§ 13.

Die Beschlüsse des Prüfungsausschusses werden durch einfache Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 14.

(1) Die Prüfung kann nur einmal, und zwar regelmäßig nach einem Jahr, ausnahmsweise auf Beschluß des Prüfungsausschusses nach einem halben Jahr, wiederholt werden. Eine neue wissenschaftliche Abhandlung braucht nur dann eingereicht zu werden, wenn die frühere das Prädikat „genügend“ (3) nicht erreicht hat.

(2) Wenn ein Kandidat, nachdem er seine Abhandlung eingeliefert hat, seine Meldung aus anderen als vom Landeskirchenamt gebilligten Gründen zurückzieht, kann er nur noch einmal zur ersten Prüfung zugelassen werden. Die Meldung kann zum nächsten Prüfungstermin erfolgen.

(3) Die Bestimmungen der §§ 3, 4 und 5 finden entsprechende Anwendung.

§ 15.

(1) Das schriftliche Prüfungszeugnis ist von dem Prüfungsausschuß auszufertigen und von dem leitenden Bischof zu unterschreiben. Zeugnisse der Lübeckischen Kandidaten werden von dem Lübecker Kommissar mitgezeichnet.

(2) Auf Grund der bestandenen Prüfung erteilt das Landeskirchenamt die Befugnis zur öffentlichen Wortverkündung und entscheidet gemäß § 5 Abs. 2 des Kirchengesetzes über die Aufnahme in die Kandidatenliste.

§ 16.

(1) Der Ausschuß für die zweite Prüfung besteht aus den beiden Bischöfen, zwischen denen die Leitung halbjährlich wechselt, dem Landesuperintendenten für Lauenburg sowie dem Präsidenten oder Vizepräsidenten und den geistlichen Räten des Landeskirchenamts.

(2) Befinden sich Lübeckische Theologen unter den Kandidaten, so findet die Vorschrift des § 2 Absatz 4 entsprechende Anwendung.

§ 17.

Die zweite Prüfung wird zweimal im Jahre vor oder nach Beendigung der ersten Prüfung abgehalten.

§ 18.

(1) Die Gesuche um Zulassung zur zweiten Prüfung sind spätestens bis zum 1. Februar bzw. bis zum 1. Juli bei dem Landeskirchenamt einzureichen.

(2) Den Gesuchen sind die in § 4 Abs. 3 Ziffer 1 bis 4 bezeichneten Urkunden beizufügen, sofern sie sich nicht bereits bei den Akten des Landeskirchenamts befinden.

(3) Lübeckische Kandidaten haben das Gesuch um Zulassung an den Kirchenrat der evangelisch-lutherischen Kirche des Lübeckischen Staats zu richten, der das Gesuch, wenn es ihm zur Beantwortung keinen Anlaß gibt, an das Landeskirchenamt in Kiel weitersendet.

§ 19.

Das Landeskirchenamt entscheidet über die Zulassung zur zweiten Prüfung.

§ 20.

(1) Der Zweck der zweiten Prüfung ist gemäß § 8 des Kirchengesetzes, durch schriftliche und mündliche Proben festzustellen, ob der Kandidat die erforderliche Reife zur Übernahme eines geistlichen Amtes erlangt hat.

(2) Die Prüfung ist eine schriftliche und eine mündliche.

§ 21.

In der schriftlichen Prüfung haben die Kandidaten zwei schriftliche Arbeiten zu fertigen, von denen die eine eine Aufgabe aus dem Gebiete der praktischen Theologie, die andere eine solche aus dem Gebiete des Kirchenrechts behandelt.

§ 22.

Die mündliche Prüfung umfaßt:

1. praktische Exegese unter Zugrundelegung eines hebräischen oder griechischen Textes,
2. Bibelfunde,
3. Theorie des Kirchendienstes (je nach Wahl des Prüfungsausschusses Homiletik, Katechetik, Liturgik, Lehre von der Seelsorge),

4. Pädagogik,
5. christliche Liebestätigkeit (einschließlich Heidenmission),
6. Kunde von den Freikirchen und Sekten,
7. Kirchenrecht.

§ 23.

Kandidaten, die in der ersten Prüfung für alttestamentliche Exegese das Prädikat „genügend“ nicht erreicht haben, werden in der alttestamentlichen Exegese durch ein vom leitenden Bischof zu timmendes Mitglied des Prüfungsausschusses nachgeprüft. Außerdem erhalten sie in der praktischen Exegese einen griechischen Text. Bei der Zusammenfassung der Prädikate gemäß § 26 Abs. 1 und 2 rd nur die praktische Exegese doppelt gerechnet.

§ 24.

Die Kandidaten halten einen öffentlichen Gottesdienst. Der leitende Bischof bestimmt Ort und Zeit und setzt die liturgische Ordnung fest.

§ 25.

An die mündliche Prüfung schließt sich eine Katechese an, der der eingereichte Entwurf zugrunde zu legen ist.

§ 26.

(1) In dem schriftlichen Prüfungszeugnis werden den Kandidaten Prädikate gegeben für:

1. praktische Exegese,
2. Bibelfunde,
3. Theorie des Kirchendienstes,
4. Pädagogik,
5. christliche Liebestätigkeit,
6. Kunde von den Freikirchen und Sekten,
7. Kirchenrecht,
8. Ausarbeitung der Predigt,
9. Predigtvortrag,
10. katechetische Befähigung,
11. liturgische Befähigung.

(2) Bei der Zusammenfassung dieser Prädikate in das Gesamtergebnis werden das erste, das dritte, das achte und das zehnte doppelt gerechnet.

(3) Wer im Gesamtergebnis aller Fächer das Prädikat „genügend“ nicht voll erreicht, hat die Prüfung nicht bestanden.

§ 27.

(1) Wer die Prüfung nicht bestanden hat, kann nur noch einmal zur zweiten Prüfung zugelassen werden.

(2) Dasselbe gilt, wenn ein Kandidat, nachdem er zur zweiten Prüfung zugelassen ist, von der Prüfung aus anderen als vom Landeskirchenamt gebilligten Gründen zurücktritt.

